



WAR
IS
NOT
OVER..



> Darko Brkan nimmt kein Blatt vor den Mund ...



> ...diplomatischer im Ton, auch eher skeptisch in der Sache: Nina Suomalainen.

Frank Zitzka (5)

Brennpunkt Bosnien-Herzegowina:

Systemversagen in Sarajevo?

„Die internationale Hilfsbürokratie wirkt wie ein Sedativum. Ohne sie würden sich die Volksgruppen hier längst schon wieder die Köpfe einschlagen.“ Darko Brkan blickt skeptisch in die Zukunft seines Landes. Mit Gleichgesinnten versucht der junge Politologe gerade, eine grüne Partei in Bosnien-Herzegowina aufzubauen. Warum nicht zwei dicke Bretter auf einmal? Ökologisches Bewusstsein in einem Land stärken, dessen Wirtschaftsleistung hinter der von Afghanistan oder Nepal liegt und dabei Serben, Bosnier und Kroaten unter einen Hut bringen, drei Völker, die seit 20 Jahren mehr schlecht als recht zusammenleben.

Die 3,8 Millionen Einwohner von Bosnien-Herzegowina erwirtschaften pro Kopf nicht einmal ein Drittel des EU-Durchschnitts; dabei stehen 554 000 Arbeitslose gerade 690 000 Beschäftigten gegenüber. Gleichzeitig verfügt das Land über die relativ größte Bürokratie Europas: drei Präsidenten und zehn Ministerien auf Bundesebene und nochmals je 17 eigene Ministerien in den beiden Teilrepubliken,

der bosniakisch-kroatischen Föderation und der Republika Srbska. Die Föderation wiederum ist in zehn weitgehend selbstständige Kantone mit jeweiligen eigenen Regierungen zerteilt, ergänzt durch 142 Städte- und Gemeindeverwaltungen.

Das bosnische Zentrum für die Verteidigung von Bürgerinteressen (CPI) schätzt, dass gut 50 Prozent Wirtschaftsleistung

von 13,7 Milliarden Euro allein für die Verwaltung ausgegeben wird. Eine extrem vielschichtige Bürokratie, aufwendige Regeln und Korruption machten das Land zudem zum unattraktivsten Investitionsstandort Europas.

■ Engherzige Erinnerungskultur

Die Lage ist ernst, denn der anhaltende Streit zwischen den

Volksgruppen verhindert selbst scheinbar einfache Reformen. In der deutschen Botschaft in Sarajevo hört man dazu, genauso wie in Gesprächen mit bosnischen Journalisten oder OSZE-Mitarbeitern, immer wieder eine These: Die engherzige Erinnerungskultur rund um den Jugoslawienkrieg eint die Bevölkerung nicht, sondern vertieft die Spaltung. Jeder betrauert nur die eigenen Opfer und bestreitet die Leiden der anderen Bevölkerungsgruppe.

Für Stabilität, Innovation und begrenzten Wohlstand sorgt allein die Hilfe von außen, die Transferzahlungen der 180 000 Exil-Bosniaken und die anwesenden internationalen Organisationen. Die Hälfte aller Beschäftigten Bosniens arbeiten im öffentlichen Dienst, stolze acht Prozent zusätzlich bei internationalen Organisationen.

Allein in diesem Jahr sollen IWF und Weltbank Bosnien mit Krediten von 250 Millionen Euro über Wasser halten. Ende Februar war dann aber auch die Geduld des IWF erschöpft, die Auszahlung der fälligen Kredittranche wurde auf Eis gelegt. Zwei zuvor vereinbarte Antikorruptionsgesetze stecken seit Monaten im Parlament Bosniens fest. Zudem verweigerten sowohl die Föderation als auch die Republika Srpska die Verabschiedung abgesprochener Maßnahmen zu besseren Steuereintreibung, zur Wirtschaftsförderung und zur Kürzung von Regierungsausgaben.

➤ Europa hilf!

Positive Entwicklungen gehen fast immer auf internationale Hilfsprojekte zurück. Seit 1995 fördert die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) den Aufbau eines leistungsorientierten öffentlichen Dienstes sowie die Reform des Bildungswesens. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat in den letzten zehn Jahren über 14 Millionen Euro in die Rehabilitation städtischer Wasser- und Abwassersysteme gesteckt und die OSZE-Außenbüros helfen beim Aufbau lokaler Stadtverwaltungen, unterstützen vor Ort Bemühungen um transparente und effiziente Strukturen und versuchen, den Zugang zu unabhängiger Rechtsprechung für alle Bürger sicherzustellen. Der Internationale Gerichtshof für Jugoslawien schließlich hat ein breit angelegtes Aufklärungsprogramm gestartet und informiert an 145 Schulen über seine Ermittlungen zu den Kriegsverbrechen der 1990er-Jahre.

„Früher oder später muss Bosnien-Herzegowina aber auf eigenen Beinen stehen“, erzählt Nina Suomalainen, die stellvertretende Leiterin der OSZE-

Mission in Sarajevo. „Die Aufmerksamkeit und Ressourcen der internationalen Gemeinschaft haben sich längst anderen Krisenherden zugewandt.“ Der Internationale Gerichtshof etwa wird bis Mitte 2017 seine Arbeit im ehemaligen Jugoslawien einstellen und die OSZE hat ihr Personal vor Ort bereits von 1 500 Mitarbeitern Ende der 90er-Jahre auf jetzt 340 reduziert.

➤ Diskriminierung mit System

Serben, Kroaten und Bosniaken reden nicht offen miteinander und wollen auch eigentlich nicht in einem Staat leben. Sie haben sich lediglich in ein institutionalisiertes System der Verflechtung und Quotierung (Dayton-Abkommen 1994) einspinnen lassen. Laut Paragraph 2 des Gesetzes über den öffentlichen Dienst in Bosnien sind bei der Besetzung öffentlicher Ämter nicht – wie zum Beispiel in Deutschland – Ausbildung und Befähigung die wichtigsten Kriterien, sondern allein die Volkszugehörigkeit. Die damit verbundene Hoffnung, dass sich gemeinsame Interessen entwickeln und alte Feindschaften überwunden werden können, hat sich nicht bewahrt.

Seit 2009 ist es der Regierung in Sarajevo nicht einmal gelungen, ein Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtes zur Abschaffung ethnischer Diskriminierung in den Staatseinrichtungen umzusetzen. Die allgegenwärtige Quotierung führt heute so weit, dass Menschen, die sich keiner der drei Ethnien zuordnen, zum Beispiel die Angehörigen der Volksgruppe der Roma, das passive Wahlrecht „von Amts wegen“ verweigert wird. Die Beseitigung dieser Diskriminierung ist eine zentrale Forderung der Europäischen Union und Voraus-



➤ Almir Alic geht an bosnische Schulen, um über Kriegsverbrechen und internationale Gerichtsbarkeit zu sprechen.

setzung für die weitere Annäherung des Landes an die EU.

➤ Trübe Aussichten

Genau diese Annäherung und eine spätere EU-Vollmitgliedschaft wünschen sich 85 Prozent der bosnischen Bevölkerung dringend. Während bosnische Politiker also ihre Bekenntnisse zur europäischen Integration routiniert abspulen, zweifeln sowohl Unternehmer, wie der Geschäftsführer des Recyclingunternehmens ALBA in Mostar, Vlado Jerkic, als auch Gesprächspartner beim Internationalen Gerichtshof die Ernsthaftigkeit solcher Beteuerungen: „Im unübersichtlichen bürokratischen Dickicht lassen sich doch viel bessere ‚Geschäfte‘ machen.“

Für diese These spricht auch, dass die bosnischen Politiker seit Jahren Gesetzesvorhaben zur Verwaltungsvereinfachung, Antidiskriminierung und Korruptionsbekämpfung blockieren. Selbst Strafmaßnahmen der EU, wie die Streichung von Fördermitteln in Höhe von 45 Millionen Euro in diesem Frühjahr, können da bisher nichts ausrichten.

Zwanzig Jahre nach Kriegsende leben die Volksgruppen in Bosnien-Herzegowina nicht nur emotional, kulturell und poli-

tisch nebeneinander her. Auch räumlich haben sie eine weitgehende Trennung vollzogen. 80 Prozent der Bevölkerung in Sarajevo sind heute Bosniaken, vor dem Krieg waren es 49 Prozent, während die Serben – vor dem Krieg 30 Prozent der Bevölkerung – die Hauptstadt fast vollständig verlassen haben.

Da aber die Bevölkerungsanteile in einem durchquotierten System wie dem bosnischen emotional heikel und gleichzeitig machtpolitisch entscheidend sind, spricht niemand gerne über die demografischen Veränderungen der letzten Jahre, erklärt ein OSZE-Experte: „Und da niemand vorhersagen kann, wie etwaige Veränderungen das Wahlverhalten und die Mehrheitsverhältnisse verändern würden, hält man die längst vorliegenden Ergebnisse der Volkszählung vom Oktober 2013 lieber bis nach den Parlamentswahlen in diesem Herbst zurück. Was hier nämlich keiner brauchen kann, ist noch ein Streitpunkt.“

Dr. Frank Zitka

➤ Info

Dieser Bericht ist im Rahmen einer Informationsreise des Berliner Presse Clubs nach Bosnien-Herzegowina entstanden, an der Dr. Frank Zitka Anfang Mai 2014 für den dbb teilgenommen hat.